

Anno 1962 — ein schlimmes Jahr?

I

Anno 1962 — das war das Jahr des rapiden Autoritätsverfalls in der Bundesrepublik eines Verfalls, der die Republik bis in die Grundfesten erzittern ließ. Anno 1962 — das war das Jahr, in dem die Feststellung der Leitartikler, nun sei nichts mehr so wie es bisher gewesen sei, zum lapidaren Gemeinplatz herabglitt, so oft drängte sie sich auf.

Dennoch wäre es nicht gerechtfertigt, das Haupt in Sack und Asche zu hüllen! Denn Anno 1962 — das bedeutet nicht nur *Strauß* und *Spiegel*, Koalitionsstreit und Kanzlerdämmerung, das bedeutet nicht nur Minister, die intrigieren, und eine Regierung, die ihr Gesicht und damit ihr Regiment verloren hat. Den Kritikern des bayerischen Wahlausgangs zum Trotze muß festgehalten werden: Anno 1962, im Jahre von vier Landtagswahlen, hat sich *auch* offenbart, daß öffentliche Meinung nicht nur die Summe von Presse, Funk und Fernsehen ist, sondern nicht zuletzt auch — so wurde es auf eine zwar verhaltene, aber doch sehr deutliche Weise demonstriert —: Wählerwillen.

Verhalten und doch deutlich — das ist eine gerade angesichts der hektischen Verfallserscheinungen in Bonn besonders glückliche Reaktion. Warum? Wenden wir uns den Kritikern des bayerischen Wahlausgangs vom 25. November 1962 zu, sowohl denjenigen aus dem publizistischen Bereich als auch denjenigen aus dem parteipolitischen Sektor. Der gemeinsame Kern ihrer Kritik steckt doch in dem Vorwurf gegenüber den Wählern, die Mehrheit der Christlich-Sozialen Union von 1958 in diesem Jahr noch gestärkt zu haben, trotz des Parteivorsitzenden *Franz Josef Strauß*, des großen Belasteten der Spiegel-Affäre.

Wie denn, stand etwa der Name Strauß auf den Stimmzetteln für die Landtagswahl? War ausgerechnet den Bürgern im weiß-blauen Bayern zuzumuten, daß sie zwar für das Münchener Maximilianeum wählen, aber sich dabei vor allem von den Geschehnissen in der Ermekeilkaserne, dem Palais Schaumburg und dem weißen Bundeshaus zu Bonn leiten lassen sollten? Das war einfach zuviel verlangt; daß es nicht geschah, das erkennt man am augenfälligsten daran, daß die Bayern — gemessen an den Spiegel-Fronten — auf eine kurios widersprüchliche Weise abgestimmt haben. Wie will man sonst die Tatsache erklären, daß der *andere* Gewinner der Bayernwahl, ja der im Vergleich zur CSU noch stärkere Gewinner, die *Sozialdemokraten* gewesen sind? Immerhin glückte der SPD der Ausbruch aus ihrem in diesem Bundesland bisher schier undurchbrechbaren 30-Prozent-Turm.

Nein, in Bayern wählte man am 25. November 1962 zuerst für München und nicht für Bonn. Dabei traf es sich, daß nunmehr stabile Verhältnisse im Maximilianeum Einzug halten, und zwar auf beiden Seiten des Hauses. Und das, obwohl die Wähler auf einige farbige Nebentupfer nicht verzichtet haben und die weitere landespolitische Existenz der Freien Demokraten und der Bayernpartei zuließen. Ein echt bayerisches Ergebnis, und man wird zugeben müssen: objektiv nicht einmal ein schlechtes!

II

Daß es diejenigen, die nur noch an den Bonner Spiegel-„Wirrwarr“ dachten, enttäuschte, mag uns freilich als ein verfassungspolitisch hochinteressantes Symptom noch ein wenig beschäftigen. Es hat sich nämlich zum allgemeinen Brauch entwickelt, den Urnengang der Wähler mit immer größerer Selbstverständlichkeit unter dem Aspekt der Bonner Ereignisse und Entwicklungen zu beurteilen, ganz gleich, ob sein Zweck auch überwiegend mit Bonn etwas zu tun hat oder nicht. Wieweit dieser Brauch sachlich begründet ist,

wird zu untersuchen sein. Tatsache ist, daß das Ansehen des Föderalismus, der die vertikale Gefaltenteilung im Grundgesetz garantiert, in der Bundesrepublik gelitten hat — mit zunehmender Konsolidierung der Bundesrepublik als Staatswesen leider auch in zunehmendem Maße.

Daraus ergibt sich eine merkwürdige Unsicherheit in der Beurteilung der Wählermotive bei Landeswahlen, eine Unsicherheit, die ebenfalls schon seit Jahren zu beobachten ist. Etwas überspitzt könnte man für die Kommentare der meisten Politiker zu Landeswahlergebnissen eine Faustregel formulieren:

Erstens: Landespolitiker *der* Parteien, die gut abgeschnitten haben, werden stets dieses gute Abschneiden auf ihre vortreffliche Landespolitik zurückführen. Ob in der Regierung oder in der Opposition, spielt hier keine Rolle.

Zweitens: Bundespolitiker solcher Gewinner-Parteien einer Landeswahl werden den Grund für den Erfolg in einer ausgewogenen Mischung von guter Landes- und guter Bundespolitik finden.

Drittens: Bundes- und Landespolitiker geschlagener Parteien schließlich werden, sofern sie die Ursache für den Mißerfolg überhaupt bei der eigenen Partei suchen, in der Analyse kaum übereinstimmen. Vielmehr wird jede dieser beiden Gruppen geneigt sein, jeweils auf der *anderen* politischen Ebene nach dem Grund des Fehlschlags zu suchen.

Mit anderen Worten: Während es bei Bundeswahlen klar auf der Hand liegt, daß die Wählermotive, ob durch wirkliche Informiertheit oder durch verschwommene Emotionen zustande gekommen, jedenfalls tatsächlich aus der Bundespolitik herrühren, gibt es bei Landeswahlen über die „Ursprungsebene“ der Wählermotive keine einheitliche Auffassung. Zu sehr schwanken die Grenzen. Rätselhaft lächelt die Sphinx des Wählerwillens an der Wahlurne — auch dann noch, wenn die Stimmen schon längst ausgezählt sind.

III

Dieser Ausflug in die Gefilde der Verfassungswirklichkeit von Länderwahlen war nötig, um die Relativität eines jeden Vergleichs der vier Landtagswahlen des Vorjahres zu kennzeichnen. Von einem bestimmten Punkt an gleicht ein solches Bemühen dem sprichwörtlichen Unternehmen, Äpfel und Birnen zu addieren.

Dieser Punkt wäre beispielsweise schon überschritten, wollte man aus dem prozentualen Stimmengewinn der CDU bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein gegenüber der Bundestagswahl von 1961 im gleichen Lande (von 3,2 vH) Schlüsse für die Entwicklung im ganzen Bundesgebiet ziehen. Denn im Bund war im Gegenteil zur gleichen Zeit, das bestätigen die Tests der Meinungsforschungsinstitute, die CDU-Linie rückläufig — eine verständliche Auswirkung der im vorigen Jahr immer unglücklicher verlaufenen Koalitionstätigkeit (oder besser: -Untätigkeit) in Bonn.

Ebensowenig kann man, so scheint mir, die 8 Prozent SPD-Gewinne bei der hessischen Wahl gegenüber 1961 schematisch auf die ganze Bundesrepublik übertragen. Zwei Wochen später befand sich die Bundesregierung noch wesentlich hilfloser in der innenpolitischen Sackgasse; trotzdem gewann die SPD dann in Bayern „nur“ 4,5 Prozent Wählerstimmen gegenüber 1961 hinzu.

In allen diesen Fällen also war die Landespolitik mit im Spiel, oder wenigstens doch die Einstellung der Bürger zum Land. Von Bayern war hier schon die Rede. Ein wie großes Scherflein in Hessen die langjährige erfolgreiche Landesregierung unter *Georg-August Zinn* zum Ergebnis beigetragen haben mag, das kann man leicht abschätzen. Und in Schleswig-Holstein schließlich wird zwar Landespolitik nicht so wichtig

genommen, wie es angesichts der Historie des Landes zu erwarten wäre; und doch hat das achtbare Erscheinungsbild der Regierung *Kai-Uwe von Hassel* trotz der in dieser Phase der Entwicklung weitverbreiteten Neigung zur Stimmenthaltung viele CDU-Wähler noch einmal bei der Stange gehalten.

Diese Beispiele zeigen: Ergebnisse von Landeswahlen schematisch zum *politischen Bundesbarometer* zu erheben, wäre eine unerlaubte Vereinfachung.

IV

Erlaubt ist dagegen, bei all diesen Vorbehalten doch festzustellen, daß es in diesen vier Wahlen des Jahres 1962 auch einen bestimmten, klar erkennbaren *allgemeinen* Trend gibt: eine bestimmte Richtung, die „der Wähler“ — gewiß ohne Hast, sogar zögernd, aber doch deutlich erkennbar — einzuschlagen begonnen hat. Es ist eine Wanderung, die, würde sie fortgesetzt, nicht mehr und nicht weniger mit sich bringen würde als dies: die Verlagerung des politischen Schwergewichts in der Bundesrepublik von der *rechten Mitte* zur *linken Mitte*.

Das ist keine Behauptung, sondern eine Feststellung. Die Beweismittel sind die Wahlergebnisse der letzten vier Jahre und einige Untersuchungen des Wählerwillens mit Hilfe der Meinungsforschung, Untersuchungen, die nicht an der Oberfläche geblieben sind, sondern die mit wissenschaftlicher Gründlichkeit, und dazu noch relativ langfristig, angelegt waren. Zu ihnen gehört vor allem eine umfassende Studie der Kölner Gruppe von Soziologen und Politologen Dr. *Scheuch*, Dr. *Baumert* und Dr. *Wildenmann*, die im Spätsommer dieses Jahres beträchtliches Aufsehen erregte.

Zunächst die Wahlergebnisse: In ihnen steckt mehr, als die Verlagerung der Prozentzahlen an der Oberfläche vermuten läßt. Dabei ist schon diese oberflächliche Verlagerung interessant genug: Beispielsweise bringen alle vier Landtagswahlen des vorigen Jahres — am 6. Juli in Nordrhein-Westfalen, am 23. September in Schleswig-Holstein, am 11. November in Hessen und am 25. November in Bayern — sowohl gegenüber der Bundestagswahl 1961 als auch gegenüber den Landtagswahlen 1958 den Sozialdemokraten spürbare Gewinne; gegenüber der Bundestagswahl zwischen 2,8 und 8 Prozent, gegenüber den vorhergehenden Landtagswahlen außerordentlich kontinuierlich zwischen 3,3 und 4,5 Prozent. Einheitlich stehen dem Verluste der CDU/CSU im Vergleich zur Bundestagswahl — mit Ausnahme Schleswig-Holsteins — gegenüber, und uneinheitlich teils leichte Gewinne, teils Verluste gegenüber 1958.

Von den anderen Parteien sei lediglich die FDP erwähnt, die von ihrem „Bundeshoch“ des Jahres 1961 tief abgestürzt ist und sich allgemein nur noch etwas oberhalb ihres bisherigen Tiefstands — nämlich desjenigen von 1958 — angesiedelt hat. In Nordrhein-Westfalen sank der Pegel der dritten Partei sogar etwas tiefer. Das war die Quittung für den Unfall.

Berücksichtigt man die erhebliche Fluktuation bei den kleinen Parteien im allgemeinen, zieht man im besonderen beispielsweise die Tatsache in Betracht, daß sich links von der SPD die „Deutsche Friedens-Union“ etabliert hat mit durchschnittlich 2 bis 3 Prozent Wählern, dann wird klar, daß der Zulauf zu den Sozialdemokraten im ganzen noch größer gewesen sein muß, als oberflächlich sichtbar. Das ist nur *ein* Beispiel dafür, daß viel mehr Stimmberechtigte, als auf den ersten Blick erkennbar ist, ihre „angestammten Parteien“ aufgegeben haben und zu neuen Ufern aufgebrochen sind. Regionale Analysen liefern zahlreiche weitere Hinweise in dieser Richtung.

Nichts spricht dafür, daß dieser Prozeß morgen oder übermorgen abgeschlossen sein wird. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, daß eine langfristige Wählerbewegung in Gang gekommen ist, wobei niemand voraussagen kann, wie das politische Panorama

in der Bundesrepublik aussehen wird, wenn diese Bewegung eines Tages einen gewissen Abschluß finden wird.

Daß dieser Prozeß auch etwas mit einem längst zum Schlagwort gewordenen Vorgang zu tun hat, mit dem „Ende der Ära Adenauer“, das versteht sich wohl von selbst. Interessant, wenn auch absolut offen, ist die Frage, welche Rolle die Unionsparteien in der dann folgenden Ära spielen werden. Die Wahlergebnisse des vorigen Jahres geben darüber jedenfalls keinen Aufschluß. Wir sind auf Prognosen angewiesen.

Da das nähere Studium der erwähnten Wahlergebnisse ein anders weitverbreitetes Schlagwort in das Zwielfeld des Zweifels rückt, das Schlagwort vom angeblichen Zug zum Zweiparteiensystem (in allen Ländern der Bundesrepublik gibt es nach wie vor eine dritte Partei, wenn sie auch nicht immer eine „dritte Kraft“ ist, und in Hessen und Bayern sogar vierte Parteien), ergeben sich zwei Möglichkeiten: Entweder die CDU/CSU verlegt ihre Grenzen von ihrem expansiven Höhepunkt des Jahres 1957 über die erste „Auffanglinie“ von 1961 *schrittweise* noch weiter zurück, teils zugunsten der Sozialdemokraten, teilweise zugunsten der jetzt noch in Wartestellung befindlichen kleinen Parteien. Oder aber die Union verliert mit der Zeit sogar ganz ihren Charakter einer Sammelbewegung, als die sie ja einst in die Arena Nachkriegsdeutschlands eingetreten ist, und splittert sich zugunsten der anderen Parteien und kommender, heute noch unbekannter innenpolitischer Größen völlig auf.

Das wird weitgehend von der Suche der Unionspolitiker nach dem noch möglichen *nächstbesten* Zeitpunkt für die Trennung der Partei von Adenauer abhängen. Der *beste* Zeitpunkt ist längst verpaßt. Außerdem: Neben der Politik der Union werden natürlich auch die Handlungen oder Unterlassungen ihrer großen und kleinen Mit- und Gegenspieler, der Sozialdemokraten und der anderen, eine wesentliche Rolle spielen.

Übrigens: In der Novembernummer 1962 dieser Zeitschrift wurde darüber geklagt¹), daß die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein so gering gewesen ist. Das wurde als Quittung dafür interpretiert, daß „die Parteien sich nicht in grundlegenden Fragen voneinander unterscheiden und damit dem Wähler keinen Anreiz bieten, sich zu entscheiden“. Diese Bemerkung reizt mich zum Widerspruch. Gewiß, die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein war nicht sehr hoch. Aber das ist nach meiner Ansicht lediglich ein Ergebnis des hier geschilderten Aufbruchs der Wähler zu neuen Ufern, das ist sozusagen die „Zwischenstation Stimmhaltung“. Das alte Klagegedicht über geringe Wahlbeteiligung wird doch dadurch kein bißchen richtiger, daß ihm immer neue Strophen hinzugefügt werden. Wahlrecht ist eben *nicht* Wahlpflicht, sondern zum Wahlrecht gehört auch sein Antipode; nämlich das Recht des Wählers, auch einmal für eine Zeit die Zwischenstation Stimmhaltung anzulaufen. Das ist noch kein politisches Unglück.

Und was die andere hier zitierte Bemerkung betrifft, die Bemerkung über die Quittung für die Parteien, so meine ich: Würden nach wie vor „grundlegende Fragen“ (das heißt doch ideologische Gräben!) einen tiefen Spalt zwischen den Parteien aufgerissen halten, dann wäre es zu dem besagten Aufbruch zu neuen Ufern gar nicht erst gekommen.

Oder, um es noch deutlicher zu sagen: Es gibt einen stärkeren Zusammenhang zwischen dem Godesberger Reformprogramm der Sozialdemokraten und dem, was gegenwärtig in „dem Wähler“ vorgeht, als manche Kritiker dieses Reformprogramms wahrhaben möchten.

V

Was spielt sich nun eigentlich in „dem Wähler“ ab? Die bereits erwähnte Kölner Untersuchung, die sich über die beiden Wahljahre 1961 und 1962 in Nordrhein-West-

1) Helmut Lindemann: „Über den Verfall der demokratischen Republik.“

falen und im Bund erstreckt, vermittelt darüber einige nicht unwesentliche Einsichten. Hier sollen nur diese zitiert werden: Klasse, soziologische Gruppenzugehörigkeit und Geschlecht beeinflussen immer weniger die Wahlentscheidung. In den beiden letzten Wahlen in Nordrhein-Westfalen beispielsweise hat sich dieser Prozeß rasanter entwickelt als vorher — das wird vor allem am Beispiel der sich wandelnden politischen Tendenzen in der mittleren Angestellten- und Beamten-schicht und sogar auch bei den weiblichen Wählern mittleren Alters offenbar. In diesen Gruppen ist der Anteil der Sozialdemokraten an den Wählersympathien auf Kosten der Unionsparteien erheblich gestiegen, bei den weiblichen Wählern mittleren Alters (zwischen 35 und 45 Jahren) hat er in diesem Jahr sogar erstmals eine klare Führung der SPD (mit 48 vH) vor der CDU (38 vH) gebracht.

Wie gesagt, das dürfte erst der Anfang eines Prozesses von wahrscheinlich langer Dauer sein. Dahinter steckt, wie die Einzeluntersuchungen dieser Kölner „Wähler-typologie“ aufzeigen, ein grundlegender Wandel auch im Selbstverständnis „des Wählers“, ein Wandel, der unerhört schwerwiegt — nicht nur für die Parteien, sondern für die Demokratie überhaupt. Während die meisten Wähler sich früher resignierend sagten, „die da oben machen ja doch was sie wollen“, und da könnte der einzelne doch nichts ändern, ist ihnen in der Zwischenzeit längst klargeworden, daß sie mindestens eines doch bewirken können: diejenigen *strafen*, für die ihnen eine Strafe angebracht erscheint. Als „politischer Strafvollzug“ ist eine Wahl erstmals nach 1945 im Jahre 1961, als es um den Bundestag ging, von einer breiten Zwischenschicht von Wählern bewußt praktiziert worden.

Die Ergebnisse des vorigen Jahres in den vier Landtagswahlen mögen — dieser Einschränkung ist eingangs weiter Raum gegeben worden — regional und von Land zu Land, den unterschiedlichen politischen Verhältnissen in den einzelnen Ländern gemäß, unterschiedlich zu beurteilen sein. Aber *einen* allgemeinen Trend können wir, zusätzlich zu den landespolitischen Motivelementen, klar erkennen: „Der Wähler“ ist bereits dabei, sich von dem hier erwähnten, ja immer noch negativen Bewußtsein des Strafenkönnens an die positive Fähigkeit heranzutasten, die innenpolitische Alternative in Kraft zu setzen, d. h. die Minderheit in eine Mehrheit umzuformen. Dabei wird es ihm allerdings nicht um „grundsätzliche Fragen“ gehen, um ideologische Gegensätze, sondern bestenfalls um die Alternative in politischen Sachentscheidungen und ihrer Prioritätenskala, vielleicht aber auch „nur“ schlicht um die personelle Führungsteam-alternative.

Das ist aber keineswegs so wenig, wie manche Kritiker glauben. Im Gegenteil: Hat der Wähler eines Tages diesen Schritt getan, dann hat er immerhin die wichtigste demokratische Prüfung bestanden, die des *großen Regierungswechsels*; ja, dann ist zugleich auch *der* Prozeß abgeschlossen, von dem hier die Rede war: der Prozeß des Wandels vom Wähler zum Stimmbürger. Anno 1962 ist es ein Stück vorwärtsge-gangen auf diesem Weg. Deshalb wäre es unbillig, die innenpolitische Entwicklung dieses Jahres in der Bundesrepublik nur pauschal zu beklagen.

CARL J. BURCKHARDT

Neben dem gewaltigen Ernst einer unablässig von Europa ausgehenden schöpferischen Leistung strenger wissenschaftlicher Disziplin wirkt das politische Geschehen ständig schwankend zwischen der Anwendung mehr spektakulärer als wirklicher Grundsätze und völliger Grundsatzlosigkeit; improvisatorisch wird Politik am Rande des Abgrunds gemacht, und unsere vorhandenen, unsere werdenden Werke stehen unablässig auf dem Spiel.